

GRÜN.ES

02 | 2013

Bündnis 90 / Die Grünen
Kreisverband Esslingen

EINLADUNG

zur Kreismitgliederversammlung
Do, 16. Mai 2013 - 19.30 Uhr

Rückseite

WAHL 2013

unsere Schlüsselprojekte

ab Seite 2

EDITORIAL

Liebe Freundinnen und Freunde,

der 22. September naht in Riesenschritten! Deshalb ist diese Ausgabe des Kreisrundbriefes auch dem Bundestagswahlprogramm gewidmet. Wir werden außerdem bei der nächsten Kreismitgliederversammlung am 16. Mai darauf eingehen und haben als Referentin die Landesvorsitzende Thekla Walker gewinnen können. Wir freuen uns auf interessante und kontroverse Diskussionen mit Euch.

Für Samstag den 8. Juni ist eine kreisverbandsweite Veranstaltung zum bundesweiten Mitgliederentscheid geplant. Wir hoffen, Euch zahlreich an diesem Tag zu sehen. Unsere Partei lebt von der Diskussion und Beteiligung. Insofern ist der bundesweite Mitgliederentscheid über die neun wichtigsten Themen nur folgerichtig und logisch für uns Grüne. Wichtige Ereignisse gab es auch auf landespolitischer Ebene seit unserem letzten Kreisrundbrief. Die Schließung des Fernsehturms, des Wahrzeichens der Stadt Stuttgart durch Fritz Kuhn war eines davon. Wir sind gespannt, wie die Geschichte weitergeht. Auch die Diskussion um eine weitere Kostenbeteiligung an Stuttgart 21 und die Entscheidung dagegen durch die Landesregierung hatte bundespolitische Presse. Winfried hatte Recht, als er sagte, „Bahnhöfe werden nicht vor Gericht gebaut.“ Dieses Zitat gilt auch für den Filderbahnhof. Landespolitisch wirklich langfristig interessant ist aber eine andere Entscheidung der letzten Tage: Das Wahlalter für die Kommunalwahl wurde auf 16 Jahre gesenkt. Welche Auswirkungen das hat, werden wir alle erstmalig 2014 sehen. Etwas versteckt gab es auch die Empfehlung, möglichst paritätisch besetzte Listen aufzustellen. Wenn man bedenkt, wie sich die CDU beinahe selbst zerfleischt hat bei der Entscheidung um die Frauenquote in Aufsichtsräten, merkt man, wie weit weg für große Teile der Kanzlerinnen-Partei das Thema Gender offensichtlich auch im Jahr 2013 noch ist. Lasst uns alle gemeinsam bis zum 22. September weiter für unsere Überzeugungen um die Gunst der Wähler werben. Ein Regierungswechsel in Berlin ist möglich!

Mit grünen Grüßen

FRANK HARTMANN
Kreisvorstand



NATURSCHUTZ

Kernkompetenz der Grünen

Seite 9

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**





FOTO: Aleksandar Nahic, © iStockphoto.com

DAS BIP IST NICHT DAS MASS ALLER DINGE

Lebensqualität braucht andere Indikatoren

Wenn am Wochenende vom 26. bis 27. April nach vielen lebendigen Debatten in unserer diskussionsfreudigen Partei bei der Bundesdelegierten Konferenz in Berlin über das Bundestagswahlprogramm abgestimmt wird, werden nicht nur schöne, aber leere Phrasen zur Abstimmung stehen und jedes Kapitel wird mit einigen Schlüsselprojekten abgerundet. Diese anvisierten Schlüsselprojekte zeigen: Es liegen gute Konzepte vor, die wirklich etwas bewegen können und die Ideen unseres Wahlprogramms in umsetzbare Projekte packen.

Natürlich gibt es hierbei viele gute Ideen, die wegweisend sind für eine grüne Zukunft. Müsste ich mir aus dem großen Maßnahmenbündel ein Lieblingsschlüsselprojekt auswählen, so fiel meine Wahl auf das Projekt „Wirtschaftswachstum ist nicht das Maß aller Dinge - neue Indikatoren für Wohlstand und Lebensqualität“.

Messlatte für Wohlstand und Lebensqualität

Zurzeit ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) die Richtschnur, wenn es darum geht, die wirtschaftliche Situation einer Volkswirtschaft zu bestimmen, und in den meisten Fällen wird das BIP pro Kopf als Wohlstandsmesser herangezogen. Aber hat der durchschnittliche Amerikaner tatsächlich einen größeren Wohlstand als der durchschnittliche Deutsche? Zeichnet sich unsere Lebensqualität durch die Zahl der Produkte und Dienstleistungen aus, die in unserem Land hergestellt werden - oder nicht vielmehr auch dadurch, in welchem Zustand sich das Bildungsangebot, die Versorgung mit öffentlichen Leistungen, die Freizeitmöglichkeiten oder unsere Umwelt befinden? Der Indikator, mit dem wir unseren Wohlstand bzw. unsere Lebensqualität messen, gibt in gewisser Weise auch die Ziele vor, denen wir entgegen streben. Wenn

die Messlatte falsch oder verzerrend angelegt ist, werden viele gute, Wohlstand und Lebensqualität schaffende Ideen zu Unrecht schlecht gemacht.

Das BIP gibt ein klares Ziel vor: Wirtschaftswachstum im Sinne von immer mehr produzierten Gütern und Dienstleistungen - das fördert eher einen immer größeren Ressourcenverbrauch und Umweltzerstörung und bietet keinen oder nur indirekt Platz für soziale und ökologische Aspekte. Mit dem Fokus auf BIP-Wachstum wird versteckt, dass dieser auch auf Ungleichheit und ökologischem Raubbau begründet sein kann. Der Bau und Verkauf von immer nagelneuen Produkten sieht unter dem Strich besser aus als ein Weiterverkauf über den Gebrauchtwagenmarkt. Die die Lebensqualität erhöhende Eröffnung eines Naherholungsgebiets oder die Schaffung von Trainingsmöglichkeiten für einen Sportverein hinterlassen höchstens marginal Spuren in der BIP Messung. Um messen zu können, wie lebenswert ein Land tatsächlich ist, brauchen wir einen neuen Maßstab, der den wirklich wohlstandssteigernden Ideen gute Noten gibt.

Mein Lieblingsprojekt darum: Durch einen umfassender messenden „grünen Wohlstandsindikator“, der neben dem BIP noch andere Faktoren berücksichtigt, die Grundlage schaffen, dass unsere wirtschaftliche Entwicklung einen grünen Weg einschlägt.

ANNE BECK
OV Esslingen

DIE REFORM DES PROSTITUTIONSGESETZES

Änderungsantrag zum BTW-Programmwurf

Vor einigen Monaten habt ihr uns als Delegierte für die Landesarbeitsgemeinschaft FrauenPolitik gewählt; übrigens die einzige, in die frau hineingewählt werden muss. Ein Thema wühlt uns besonders auf, zeigt es doch die Verantwortung, die durch Regierungsarbeit entsteht: Mehr als zehn Jahre nach Legalisierung der Prostitution in Deutschland zeigt sich, dass das Anliegen, die Arbeitsbedingungen von Prostituierten zu verbessern und ihnen die Ausübung ihrer Tätigkeit auf Augenhöhe mit ihren Kunden zu ermöglichen, gescheitert ist. Durch das Gesetz der damaligen rot-grünen Bundesregierung wurde Prostitution zwar zu einer krank- und sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit, in der Realität wurde das aber nur von ganz wenigen Frauen genutzt. Zeitgleich wurden Zuhälter zu weisungsberechtigten Arbeitgebern von Prostituierten.

Mehr Menschenhandel

Schätzungen zu Folge beträgt der Umsatz der Prostitution in Deutschland 15 Mrd. € pro Jahr. Die Gewinne kassieren überwiegend Menschenhändler, Bordellbesitzer und Zuhälter. International vergleichende Untersuchungen zeigen, dass in Ländern mit liberalen Prostitutionsgesetzen wie in Deutschland mehr Menschenhandel stattfindet als anderswo. Diesen fatalen Missständen wollen wir Grünen nicht weiter tatenlos zuschauen. Wir wollen Menschenhandel bekämpfen und die rechtliche, wirtschaftliche und soziale Situation von Prostituierten verbessern.

Aus diesen Gründen hat die LAG FrauenPolitik einen Änderungsantrag für das Bundestagswahlprogramm (BTW-G-01) eingereicht. Hier einige Forderungen:

- Prostituierte sind vor Anweisungen Dritter zu schützen, jede versuchte Einflussnahme muss verboten werden. Hierzu muss das eingeschränkte Weisungsrecht in §3, ProstG abgeschafft werden.
- Das Mindestalter für Prostituierte ist bundeseinheitlich auf 21 Jahre (besser: 25 Jahre, um das Zeitfenster für die Berufsausbildung zu verlängern) festzulegen;
- ein grundsätzlicher Kondomzwang ist einzuführen;
- Hilfs-, Beratungs- und Ausstiegsangebote sind auszubauen und werden niederschwellig in der jeweiligen Heimatsprache angeboten.

- Freier werden dazu verpflichtet, durch ein jeweils aktuelles ärztliches Zeugnis gegenüber Prostituierten eine gesundheitliche Unbedenklichkeit nachzuweisen. Freier, die Dienste von nicht konzessionierten Prostituierten in Anspruch nehmen oder sich weigern, der Prostituierten ein ärztliches Gesundheitszeugnis vorzulegen, werden strafrechtlich zur Verantwortung gezogen.

- Freier, die wissentlich mit Zwangsprostituierten verkehren, bzw. sich in Verdachtsfällen nicht an die Polizei wenden, werden strafrechtlich zur Verantwortung gezogen. Es müssen objektive Kriterien geschaffen werden, durch die Straftaten wie Zuhälterei, Ausbeutung und Menschenhandel unabhängig von den Aussagen von OpferzeugInnen bewiesen werden können.

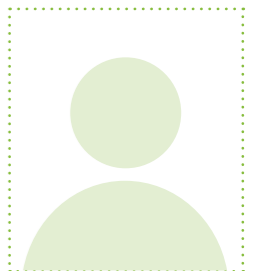
- Besondere Formen der Prostitutionsnutzung (Flatrate-Bordelle, Gang-Bang-Partys usw.) müssen verboten werden.

Nicht auf Augenhöhe

Die selbstbestimmte Prostituierte, die auf Augenhöhe mit dem Freier verhandelt und von ihrem Lohn leben kann, ist eine Ausnahme. In der Realität gehen mehrheitlich sehr junge Frauen aus Südosteuropa, die in einem faktischen Abhängigkeitsverhältnis zu Zuhältern oder Bordellbetreibern stehen, aus wirtschaftlicher Not der Prostitution nach. Sie sind einem System ausgesetzt, in dem Gewalt, erhebliche gesundheitliche Beeinträchtigungen und sexuelle Ausbeutung an der Tagesordnung sind. In der Drogenprostitution bieten sich Frauen zu Dumpingpreisen an, um ihre Sucht zu finanzieren.

Menschen vor dieser Art der Ausbeutung zu schützen, ist eine gesellschaftliche Verpflichtung und kann nicht Aufgabe weniger Beratungsstellen sein, die vor Ort meist nur die größte Not lindern können. Es müssen Bedingungen geschaffen werden, die ein sicheres Arbeitsumfeld und eine soziale Absicherung zum Ziel haben.

Kämpfen wir mit unseren grünen Stimmen für die Durchsetzung besserer Rechte für diese Frauen!

DAGMAR
STRÖBEL-MONZER
OV Leinfeld.-Echterd.PETRA DANNENMANN
OV Wendlingen

MEINUNG GEFRAGT!

Für zukünftige
Schwerpunkthemen
suchen wir Autoren!

Mehr auf Seite 11.

TREIBHAUSGASMINDERUNG MUSS VERBINDLICH WERDEN

Schlüsselprojekt: Klimapolitik verlässlich machen – ein Klimaschutzgesetz einführen

Klar: Jede/r weiß, dass es bei Bauvorhaben im Außenbereich beim Naturschutz mit rechten Dingen zugehen muss – dafür gibt es ein Naturschutzgesetz. Den Artenschutz regeln das Artenschutzgesetz und das Tierschutzgesetz. Vor zu hohen Bodenbelastungen schützt das Bodenschutzgesetz. Die Einhaltung von Grenzwerten beim Fluglärm, Straßenlärm, Industrielärm aber auch vor Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen regelt das BImSchG, das Bundesimmissionschutzgesetz. Bei der Genehmigung beispielsweise einer Windkraftanlage müssen richtigerweise alle diese und noch andere Schutzgüter gegeneinander abgewogen werden. Aber Moment: Welcher ist der Zweck einer solchen Windkraftanlage? Richtig: Sinn und Zweck ist der Klimaschutz. Aber wird das Schutzgut „Klima“ denn überhaupt mit abgewogen?

Genau hier liegt der Hase im Pfeffer! Bislang gibt es nur, genehmigungsrechtlich unverbindliche, politische Festlegungen zu übergreifenden Klimaschutzziele. Eine bundesgesetzliche Regelung über verbindliche Ziele zur Treibhausgasreduzierung außerhalb des europäischen Emissionshandels gibt es bislang nicht – und der Zertifikatspreis liegt wegen fehlender Mengenbegrenzung völlig am Boden und verfehlt damit sein Ziel. Es tut deshalb dringend Not, ein zentrales, rechtliches Element für eine Neuausrichtung der Energie- und Klimaschutzpolitik des Bundes zu schaffen. Der Klimaschutz muss ein rechtsfestes Bewertungskriterium werden, das in den jeweils erfolgenden Abwägungsprozessen neben Naturschutz, Lärmschutz, Landschaftsschutz und anderen Schutzgütern einen gleichwertigen Rang erhält. Das Schutzgut „Klima“ darf bei einer verbindlichen Klimaschutzpolitik mangels Rechtsrahmen nicht mehr wie bisher bei der Bewertung „hinten runter fallen“.

Die Erfahrungen auf allen politischen Ebenen zeigen, dass die Verbindlichkeit von Klimaschutzziele eine wichtige Voraussetzung für den Umsetzungserfolg der Klimaschutzpolitik ist. Auch die aktuelle Erfahrung im Landkreis Esslingen ist, dass das Landratsamt mit wissenschaftlich nicht belegten und teilweise fadenscheinigen Argumenten wie „Erholungsgebiet, da Wanderparkplatz“ oder mit „Sichtachsen bis zur schwäbischen Alb“ mit negativen Stellungnahmen interessante Windflächen im Landkreis zu verhindern versucht. In diesem Sinne ist auch die kürzlich geäußerte Kritik des Fraktionsvorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Claus Schmiedel an den Landräten zu verstehen.

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat nun im Januar 2013 als erstes Bundesland überhaupt ein Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes beschlossen und eine Reduzierung der Treibhausgas-emissionen in Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2020 um 25 Prozent als Klimaschutzziel gesetzlich festgelegt.

Angesichts der weitreichenden Veränderungen, die in allen Lebensbereichen erforderlich sind, um der Klimaerwärmung wirksam entgegenzutreten, ist die Schaffung eines rechtlichen Rahmens für den Klimaschutz auf Basis verbindlicher Klimaschutzziele notwendig, um die erforderliche Kontinuität sowie die erforderliche Effizienz bei der Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen zu gewährleisten. Auch die Landesregierung von Baden-Württemberg arbeitet an einem Entwurf zu einem Klimaschutzgesetz mit dem Ziel, die Treibhausgasemissionen in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2020 um mindestens 25 Prozent und bis zum Jahr 2050 um mindestens 90 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu senken und den Klimaschutz in der Regionalplanung zu stärken. Mit einer landesgesetzlichen Konkretisierung des Klimaschutzbelangs wird dies zukünftig beim Vollzug von klimarelevanten Entscheidungen zu berücksichtigen sein. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, ist insbesondere die Verabschiedung eines integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts (IEKK) durch die Landesregierung vorgesehen, das die Klimaschutzziele mit Sektorzielen, Handlungsfeldzielen sowie Strategien und Maßnahmen hinterlegt. Das integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept dient insbesondere als Entscheidungsgrundlage für die Landesregierung.

Von solch vorbildlichem Handeln ist die aktuelle Bundesregierung leider meilenweit entfernt. Dies macht deutlich, dass die Bundestagswahl am 22. September zu einem Regierungswechsel mit grüner Beteiligung führen muss.

JÜRGEN MENZEL
Bundestagskandidat
Wahlkreis Esslingen



MITGLIEDERENTSCHEID: DIE NEUN WICHTIGSTEN SCHLÜSSELPROJEKTE

Neun Schlüsselprojekte stehen in drei Clustern zur Abstimmung: **Energiewende, Gerechtigkeit & Moderne Gesellschaft**

Sa, 8. Juni 2013, 14 Uhr – Da Mamma, Bahnhofstraße 17, Wendlingen

MEHR KOMPETENZEN FÜR DIE KOMMUNEN

Die AnwohnerInnen schützen – Fluglärm begrenzen, Lärmschutz ausbauen

Lärmschutz ist uns ein sehr wichtiges Anliegen. Daher versuchen wir das Entstehen neuer Lärmprobleme zu verhindern. Und: Lärm muss an der Ursache, an der Lärmquelle bekämpft werden. Daher setzen wir uns für einen effektiven Lärmschutz ein, denn das Recht auf Lärmschutz ist genauso wie das Recht auf gesundes Wohnen und der Schutz vor Umweltgiften eine Grundlage unserer Umweltpolitik. Wir sagen Ja zum Tempolimit und zu mehr Verkehrssicherheit. Denn: Lärm macht krank, Stickoxide und Rußemissionen sind gesundheitsgefährdend und schaden dem Menschen und der Natur. Luftschadstoffe führen zu erheblichen Schäden an Gebäuden. Außerdem, und das wissen wir alle: CO₂ ist ein klimafährdendes Gas.

Allerdings stehen wir vor rechtlichen, administrativen und finanziellen Schwierigkeiten. Viele Rechtsvorschriften können nur auf EU- oder Bundesebene geändert werden. Kontinuierliches und langfristiges Handeln ist daher gefragt. Der bestehende Rechtsrahmen ist nicht gerade lärmschutzfreundlich, da es im Rahmen der Vorschriften

der Straßenverkehrsordnung nicht ohne weiteres möglich ist, die Anforderungen der Kommune an verkehrsrechtliche Maßnahmen aus Lärmschutzgründen zu erfüllen. So dürfen nach der Straßenverkehrsordnung Tempo 30 - Zonen oder (Zonen-) Geschwindigkeitsbeschränkungen sowie verkehrslenkende Maßnahmen (zum Beispiel zur Lenkung des Schwerlastverkehrs) nur angeordnet werden, wenn auf Grund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage besteht, die das allgemeine Risiko einer Beeinträchtigung erheblich übersteigt.

Das gilt es zu ändern: Künftig sollen verkehrsrechtliche Anordnungen nicht nur eng begrenzt aus Gründen der Verkehrssicherheit unter Verweis auf eine konkrete Gefahrenlage erlaubt sein, sondern auch andere negative Auswirkungen des Straßenverkehrs mit einbeziehen. Eine neue Regelung sollte insbesondere die strengen Hürden des § 45 Abs. 9 StVO lockern und den Kommunen sowie Verkehrsbehörden mehr Freiheiten für Maßnahmen zur Verkehrslenkung eröffnen.



ANDREAS SCHWARZ Mdl

PROFILIEREN MIT DER GRÜNEN VERKEHRSWENDE

Für Klima und soziale Teilhabe – hin zu nachhaltiger Mobilität

Mindestens eines der Schlüsselprojekte sollte sich auf den Verkehrsbereich beziehen. Denn erstens haben wir auf diesem Feld in den Regierungsjahren von 1998 bis 2005 – das müssen wir selbstkritisch erkennen – nichts erreicht. Angesichts dessen, dass der Verkehrssektor für rund ein Viertel der CO₂-Emissionen verantwortlich ist und außerdem die Energie- und die Verkehrswende zusammen gehören, darf uns dies nicht noch einmal passieren.

Zweitens gehören zur Verkehrspolitik viele zentrale Aspekte, die für den einzelnen Menschen, für die Gesellschaft und für die großen ökologischen Herausforderungen von großer Bedeutung sind: Es geht mit der Sicherung der Mobilität um soziale und wirtschaftliche Teilhabe aller Menschen. Und die Art der Mobilität entscheidet über Belastungen von Mensch und Umwelt durch Schadstoffemissionen und Lärm – aber auch

über das Ausmaß an Flächen- und Ressourcenverbrauch. Die Grünen sind es, die Antworten auf diese Herausforderungen zu geben haben. Diese Antworten werden sich für Stadt und Land unterscheiden müssen.

Und drittens nehmen wir mit der Forderung nach einer klaren Priorisierung des Umweltverbundes und unserer gesunden Skepsis gegenüber großen Infrastrukturprojekten ein Alleinstellungsmerkmal innerhalb der Parteienlandschaft ein. Hier können wir uns also profilieren und abgrenzen – auch und gerade von der SPD, was sich bei uns in Baden-Württemberg eindrucksvoll zeigt. Also: Mit unseren Ideen für eine Verkehrswende hin zu einer nachhaltigen Mobilität machen wir deutlich, warum GRÜN die Farbe des Herbstes werden muss!



MATTHIAS GASTEL
Bundestagskandidat
Wahlkreis Nürtingen

GELD FÜR MODERNEN VERKEHR

Nachtragshaushalt ermöglicht Verbesserungen



FOTO: Andreas Schwarz

Der Nachtragshaushalt für den Staatshaushaltsplan für Baden-Württemberg umfasst zwei Bereiche:

Da sich die Asylbewerberzahlen voraussichtlich stärker als angenommen entwickeln, werden im Nachtragshaushalt die Zuweisungen an die Stadt- und Landkreise entsprechend um 30 bis 40 Millionen Euro bedarfsgerecht erhöht. Schließlich hat das Bundesverfassungsgericht im Urteil vom 18. Juli 2012 entschieden, dass die Leistungssätze für Asylbewerber auf Hartz IV-Niveau angehoben werden müssen.

Kaum Bieter für Zugkilometer

Auf dem Weg zu nachhaltiger Mobilität ist ein qualitativ hochwertiger Schienenpersonennahverkehr ein wichtiger Baustein. In den nächsten fünf Jahren werden bundesweit rund 400 Millionen Zugkilometer zur Vergabe ausgeschrieben, im Land etwa 40 Millionen. In den letzten Jahren hat die Anzahl der jeweils bei den Ausschreibungen bietenden Eisenbahnunternehmen kontinuierlich abgenommen.

Wettbewerb funktioniert aber nur, wenn genügend Bieter vorhanden sind. Damit bestehen die strukturellen Probleme des Eisenbahnmarktes weiterhin: Die zurückgehende Zahl der bietenden und teilnehmenden Verkehrsunternehmen und Schwierigkeiten bei der Fahrzeugzulassung. Hier setzt die Grün-Rote Landesregierung mit dem Nachtragshaushalt zur Fahrzeugfinanzierung an. Mit den vorgesehenen Kapitaldienstgarantien bis zu einer Höhe von rund 2,3

Milliarden Euro in 2013 und rund 3,3 Milliarden Euro in 2014 wird ein effektiver Wettbewerb im Schienenverkehr möglich. Dies ist sozusagen die Basis für eine diskriminierungsfreie Ausschreibung und diese Finanzierungselemente werden als „Grundmodell“ zum Einsatz kommen. Denn es geht um Garantien und nicht um Haushaltsmittel. Es geht nicht um Subventionen, sondern es geht um Voraussetzungen für mehr Wettbewerb.

Die Kapitaldienstgarantien werden ergänzt durch ein Finanzierungsmodell, welches der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) erfolgreich praktiziert. Dafür sieht der Nachtragshaushalt Verpflichtungsermächtigungen zum Kauf von Fahrzeugen für den Fall vor, dass sich dies für das Land als Besteller wirtschaftlicher darstellt. Das sind bis zu 760 Millionen Euro in 2013 und bis zu 1,3 Milliarden Euro in 2014.

Ein gutes Signal an den Wettbewerb und alle Verkehrsunternehmen ist die Tatsache, dass für die Stuttgarter Netze Neufahrzeuge vorgesehen werden. Somit ist also klar, dass es um die erlösstarken und lukrativen Netze in und durch die Region Stuttgart zu einem richtigen Wettbewerb kommt und die Fahrgäste von neuem Wagenmaterial profitieren können.

Gute Preise durch mehr Wettbewerb

Viele Eisenbahnunternehmen, die nicht wie die Deutsche Bahn AG über eine gute Bonität verfügen, werden erst durch die Kapitaldienstgarantien in die Lage versetzt, am Wettbewerb teilnehmen zu können. Und das ist wichtig für uns in Baden-Württemberg, damit wir gute Preise bei der Ausschreibung der Regionalstrecken erhalten.

Angesichts der knappen Regionalisierungsmittel brauchen wir einen optimalen Wettbewerb bei den anstehenden Ausschreibungen im Schienenpersonennahverkehr. Durch die Finanzierungsinstrumente sind wirtschaftliche Effekte zugunsten des Landes zu erwarten. Die Fahrzeugfinanzierung ist nicht nur für einen funktionierenden Wettbewerb wichtig, sondern die Fahrzeuge sind eines der wichtigsten Qualitätsmerkmale des Schienenpersonennahverkehrs und geben ihm „ein Gesicht“.

Die Garantien sind ein intelligentes Geschäft für das Land. Wir setzen unsere Bonität ein, um knappes Geld bei der Angebotsbestellung einzusparen und damit mehr Spielraum für ein besseres Angebot zu erhalten.

ANDREAS SCHWARZ Mdl



WÄHLEN AB 16 JAHREN

Änderungen im Kommunal-Wahlrecht

Mit der am 11. April beschlossenen Änderung des Kommunalwahlrechts dürfen Jugendliche mit 16 und 17 Jahren nun erstmals (Ober-) Bürgermeister, die Gemeinderäte und Kreistage, die Stuttgarter Regionalversammlung und Ortschaftsräte mitwählen. Ebenfalls dürfen Jugendliche ab 16 Jahre bei der Aufstellung der Wahllisten mitwirken. Darüber hinaus dürfen sie künftig Bürgerbegehren einreichen, an Bürgerentscheiden teilnehmen und Anträge zur Bürgerversammlung stellen. Damit verbreitern wir die Mitwirkungsmöglichkeiten junger Menschen, da sie künftig über die Zusammensetzung der kommunalen Gremien mitentscheiden können. Die Senkung des Wahlalters ist ein Baustein eines Gesamtpakets.

Die Ausweitung der Mitwirkungsrechte des Jugendgemeinderates oder einer anderen Kinder- oder Jugendvertretung ist der zweite Baustein, der noch folgen wird. Damit ist verbunden ein Rede-, Anhörungs-, Antrags- und Budgetrecht der Jugendvertretung im Gemeinderat, so dass die Anliegen von jungen Menschen auch direkt durch die eigenen Vertreter dort zur Sprache gebracht werden können. Die nächste Kommunalwahl wird voraussichtlich im Frühjahr/Frühsummer 2014 stattfinden. Eine Terminfindung

läuft. Daher dürfen ab dem 20. August 2013 die Wahllisten aufgestellt werden. Durch einen Änderungsantrag, den wir zusammen mit der SPD-Fraktion eingebracht haben, wird das Kommunalwahlrecht noch um eine Regelung für paritätisch besetzte Wahllisten ergänzt. Damit fordern wir Parteien und Wählervereinigungen offensiv auf und empfehlen ihnen, ihre Wahllisten paritätisch besetzt einzureichen und dabei die Hälfte der Plätze für Frauen vorzusehen. Das Ziel des Gesetzgebers besteht darin, den Frauenanteil in den kommunalen Gremien zu erhöhen. Nach unseren Vorstellungen sollen bei der Aufstellung der Wahllisten Männer und Frauen abwechselnd berücksichtigt werden. Dadurch verbessern wir die Chancen für Frauen, einen guten Listenplatz zu erreichen und erhöhen ihre Chancen, in den Gemeinderat oder Kreistag einzuziehen. Das neue Kommunalwahlrecht umfasst noch folgende Änderungen: Das Berechnungsverfahren für die Sitzverteilung in den kommunalen Gremien wird vom d'Hondt'schen Höchstzahlverfahren auf das Höchstzahlverfahren nach Sainte-Laguë/Schepers umgestellt. Die Möglichkeit, bei Kreistagswahlen in zwei Wahlkreisen zu kandidieren, wird wieder abgeschafft. Gleichwohl besteht die Möglichkeit, dass jemand in einem anderen Wahlkreis als dem Wohnortwahlkreis wählen kann.



ANDREAS SCHWARZ Mdl

FAIRER WETTBEWERB

und gute Arbeit bei öffentlichen Aufträgen

Die öffentliche Hand ist ein mächtiger Auftraggeber. Nicht immer, aber oft erhält der billigste Anbieter den Zuschlag. Mit dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg, das wir am 10. April im Landtag beschlossen haben, stärken wir den fairen Wettbewerb bei Vergaben und wirken Lohndumping entgegen.

Ab dem 1. Juli 2013 dürfen Land und Kommunen keinen öffentlichen Auftrag ab einem Wert von 20.000 Euro mehr an solche Unternehmen vergeben, die ihrer Belegschaft weniger als 8,50 Euro pro Stunde zahlen. Sofern das Unternehmen von einem Tarifvertrag mit hoher Bindewirkung entsprechend des Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst ist, muss es sich darüber hinaus in allen seinen Leistungen tariftreu verhalten.

Für den öffentlichen Personenverkehr konnten wir eine noch weitgehendere Regelung erreichen. Verkehrsunternehmen müssen sich demnach an einen für Baden-Württemberg als branchentypisch geltenden Tarifvertrag halten.

Viel Bürokratie wird das Gesetz nicht verursachen, denn der Auftragnehmer muss in erster Linie die online verfügbare Tariftreueerklärung abgeben. Wichtig war uns, dass das Gesetz nicht nur für die Auftragnehmer, sondern auch für alle Sub-Unternehmer und für mögliche Leiharbeitskräfte gilt. Der Auftragnehmer muss die Tariftreue von allen sicherstellen. Bei Verstoß drohen Bußgelder und der Ausschluss von öffentlichen Vergaben. So werden gerade Handwerker und andere Unternehmen, die vernünftige Löhne zahlen, im Wettbewerb gestärkt.



ANDREA LINDLOHR Mdl



BEI DEN WIRTSCHAFTSJUNIOREN - von links: Jürgen Prakesch, Andreas Schwarz MdL, Andrea Lindlohr MdL, Dirk Janthur (Foto: Wirtschaftsjuvenoren Esslingen)

TEXT: Andrea Lindlohr MdL

POLITIK TRIFFT WIRTSCHAFT

Bei den Wirtschaftsjuvenoren

Klimaneutral wollen die Wirtschaftsjuvenoren im Kreis Esslingen unter ihrem diesjährigen Präsidenten Dirk Janthur arbeiten, und das war nur einer der Anknüpfungspunkte bei der Einladung der Wirtschaftsjuvenoren im Kreis Esslingen an uns im März nach Wernau.

Hochpräzision und innovative Entwicklung lernten wir dort beim Rundgang durch das Zerspanungstechnikunternehmen Prakesch kennen, um im Anschluss sehr lebhaft landespolitische Themen mit Jürgen Prakesch und rund 15 weiteren WirtschaftsjuvenorInnen und Förderkreismitgliedern zu diskutieren. Mehr Geld für den Straßenbau wurde von ihnen nachgefragt, und der Hinweis auf die von Grün-Rot erhöhten Mittel für die Landesstraßen einerseits und die Notwendigkeit, die Schuldenbremse einzuhalten, überzeugte nicht alle. Einig waren wir uns, dass auch ein S-Bahn-Anschluss ein wichtiger Standortvorteil ist. Der Durchbruch für eine S-Bahn-Verlängerung nach Neuhausen wurde entsprechend begrüßt. Dass wir als grün-rote Koalition endlich Investitionen in Windkraft im Landle ermöglichen und insgesamt die Energiewende vorantreiben wollen, stieß ebenso auf Zustimmung wie unsere Ansage, dass die Versorgungssicherheit gerade für unseren hochtechnologischen Produktionsstandort in der grünen Energiepolitik weit vorne steht.

WELTWEIT GEFRAGTE EXPERTIN

Landesverdienstorden für Uschi Eid – der Kreisverband gratuliert

Dr. Uschi Eid, Mitglied unseres Kreisverbandes und seit 1980 bei den Grünen, ist seit Kurzem Trägerin des Verdienstordens des Landes Baden-Württemberg - bis Juni 2009 die „Verdienstmedaille“. Ministerpräsident Winfried Kretschmann verlieh ihr die langjährige Weggefährtin für herausragende Verdienste um das Land Baden-Württemberg, insbesondere im politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Bereich im Rahmen eines Festaktes in Mannheim. Zur Person wurde veröffentlicht: Dr. Ursula Eid hat seit vielen Jahren landes- und bundesweit einen hervorragenden Ruf als geradlinige, grüne Politikerin mit Leib und Seele. Fast ein Vierteljahrhundert gehörte sie dem Deutschen Bundestag an, war Parlamentarische Staatssekretärin und hat sich über die Parteigrenzen hinweg als Afrika-Expertin einen Namen gemacht. Entgegen der medialen Instrumentalisierung von Armut und Elend setzte sie sich für ein realistisches Afrika-Bild ein mit dem Ziel, den Kontinent aus der Rolle des Entwicklungshilfeempfängers herauszuholen und ihn auf Augenhöhe zu betrachten. Frau Dr. Eid bewies, dass in Afrika nicht nur Chaos und Bürgerkrieg herrschen sowie Hunger, Naturkatastrophen

und AIDS dominieren. Sie schärfte den Blick für ein Afrika mit einer neuen politischen Dynamik, das sich modernisiert, reformiert und vor allem auch Wirtschaftsstandort und -partner ist. Bis heute gilt ihr Einsatz einer gerechten Nord-Südpolitik. Als stellvertretende Vorsitzende im Beratungsausschuss des UN-Generalsekretärs zu „Wasser und sanitärer Grundversorgung“ verdeutlicht sie die schmutzige Seite des Wassers und kämpft für ein verbessertes Abwassermanagement. Dass die UN-Generalversammlung 2008 zum „Internationalen Jahr der Sanitärversorgung“ ausgerufen und der UN-Generalsekretär ihre Initiative „Nachhaltige Sanitärversorgung“ aufgegriffen hat, sprechen für ihr Engagement und ihren Einsatz. Abgesehen davon bleibt sie als Vizepräsidentin der Deutschen Afrika Stiftung und als Mitglied des Rates für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung auch im politischen Ruhestand weltweit eine hoch angesehene und gefragte Expertin sowie „das“ deutsche Gesicht in Afrika.

TEXT: Staatsministerium und Sonja Abele, Kreisgeschäftsstelle

NATURSCHUTZ BLEIBT KERNKOMPETENZ

Fachgespräch über Entwicklungen und Erfordernisse

Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ist zentrales Anliegen der Grünen. Um dieses hehre Ziel in der kommunalpolitischen Praxis noch besser vertreten zu können, lud die Grüne Kreistagsfraktion zum Fachgespräch „Naturschutz“. Und rund 30 Gemeinde- und Kreisräte diskutierten im Umweltzentrum Plochingen mit sechs ausgewiesenen Experten über Lebensräume und Schutzgebiete, Boden- und Artenschutz, Wasserwirtschaft, Wald und Forst sowie Naturpädagogik.

„Nachhaltige Entwicklung ist der Leitbegriff Grünen Handelns. Wir treten dafür ein, die Industriegesellschaften so zu modernisieren, dass unser Lebensstil die Lebenschancen von morgen nicht zerstört. Wir wollen Lebensräume für Menschen, Tiere und Pflanzen schützen und die biologische Vielfalt erhalten“, betonte Landtagsabgeordneter und Kreisrat Andreas Schwarz, der zusammen mit Kreistagsfraktionsvorstand Matthias Weigert eingeladen hatte. „Allesamt Kreisbürger, die sich haupt- und ehrenamtlich seit vielen Jahren für den Naturschutz einbringen und deren Wissen unschätzbar wichtig auch für uns Grüne ist“, freute sich Kreisrat Weigert über die Expertenrunde. „Bei der kommunalen Bauleitplanung müssen wir noch strenger auf den Natur-, Arten- und Klimaschutz sowie die Gewässerökologie achten. Ein Biodiversitätscheck in den Gemeinden ist eine gute Möglichkeit, um den Naturschutz ausreichend zu berücksichtigen“, folgerte Landtagsabgeordneter Schwarz.

Der Landkreis Esslingen als eine der am dichtesten besiedelten Regionen Deutschlands beherbergt eine erstaunliche Vielfalt an Lebensräumen. Nicht umsonst sind ca. 45 Prozent der Landkreisfläche unter Naturschutz. „In dieser Kulturlandschaft können viele Lebensräume nur durch eine umweltfreundliche, pflegliche Nutzung erhalten werden. Die Eigentümer und Landbewirtschaftler werden dabei aber nicht alleine gelassen“, betonte Heinz Reinöhl. Der Bissinger ist seit vielen Jahren im Ministerium für Ländlichen Raum für Förderprogramme zuständig. Durch Agrarumweltprogramme wie den Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich (MEKA) oder die Landschaftspfegerichtlinie (LPR) werde den Bewirtschaftern eine vielfältige finanzielle Unterstützung durch das Land, mit Kofinanzierung durch die Europäische Union, angeboten. Außerdem gibt es eine spezielle Unterstützung für die landschaftsprägenden Streuobstbereiche am Albtrauf durch das ebenfalls von der EU mitfinanzierte LIFE-Projekt „Vogelschutz in Streuobstwiesen des Mittleren Albvorlands und des Mittleren Remstals“. Aber auch die Kommunen könnten ihren Beitrag zum Naturschutz leisten, z. B. indem sie für ihr Gemeindegebiet einen „Biodiversitäts-Check“ durchführen, um dann gezielte Maßnahmen zur Förderung von Pflanzen- und Tierarten und ihrer Lebensräume anzugehen.

„Kommunen im Landkreis Esslingen und darüber hinaus werden bisher ihrer Verantwortung für den Natur- und Artenschutz nicht gerecht“, kritisierte Dr. Martin Dietrich. Der Kirchheimer ist Professor an der Universität Hohenheim für Landschafts- und Pflanzenökologie. Die Umsetzung europäischer Richtlinien zum Natur- und Artenschutz stoße in den Rathäusern auf Widerstand: „Ernsthafte Bemühungen zur Aufwertung des Erhaltungszustandes der nach EU-Recht besonders geschützten Lebensraumtypen und Arten sind nicht

zu erkennen.“ Dabei sei laut dem Vorsitzenden des BUND-Ortsverbandes Kirchheim eine biologische Vielfalt essentiell wichtig, um die Anpassungs- und Leistungsfähigkeit der Ökosysteme in einer sich wandelnden Umwelt zu gewährleisten.

Die Diplom-Forstwirtin Monika Riemer plädierte für eine artenreiche Struktur mit heimischen Baumarten im Ökosystem Wald mit einem Wildbesatz, der noch Naturverjüngung zulasse. Weil Totholz wichtige Funktionen erfülle, müssten Teilbereiche im Forst auch sich selbst überlassen werden. Bannwälder und Bannbereiche könnten so als ökologische Trittsteine für Flora und Fauna dienen. „Für viele ist das nur Dreck“, brachte Jörg Schneider den Boden in die Grüne Runde ein. Böden bilden mit ihren vielfältigen Funktionen im Naturhaushalt neben Luft und Wasser die wichtigste Lebensgrundlage. Zwar sei der Schutz der Bodenfunktionen seit 1998 im „Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten“ (Bundes-Bodenschutzgesetz – BBodSchG) verankert, doch noch immer würden Böden in großem Umfang versiegelt, vermischt, verdichtet oder erodieren. Deshalb fordert der Beuener eine verstärkte bodenkundliche Baubegleitung. Andreas Schwarz verwies auf die Novellierung der Landesbauordnung, die künftig für Projekte ab 0,5 Hektar eine bodenkundliche Baubegleitung zwingend vorschreibe.

Auf die Lebensadern im Landkreis Esslingen, die Bäche und Flüsse, ging Roland Appl, langjähriger Vorsitzender des NABU-Kreisverbandes, ein. Trotz vieler Verbesserungen in Gewässergüte und -struktur der Fließgewässer im Landkreis gebe es noch viel zu tun. Als Beispiele nannte er die Renaturierung des Neckars zwischen Reutlingen-Mittelstadt und Neckartenzlingen sowie die Reaktivierung des Altarms zwischen Neckartailfingen und Neckartenzlingen. Lohnenswert wären auch die Schaffung eines naturnahen Ufers am Wernauer Neckarwasen und der Rückbau des Hecktkopfs an der Lauter bei Wendlingen.

NABU-Kreisgeschäftsführerin Jenny Helber wünscht sich für den NABU Kreisverband Esslingen einen größeren finanziellen Spielraum für seine Projektideen und eine bessere Zusammenarbeit mit der Unteren Naturschutzbehörde. Der NABU Kreisverband Esslingen e.V. ist seit fast 30 Jahren in der Landschaftspflege und als „Träger öffentlicher Belange“ tätig. Er berät die Öffentlichkeit und ist seit 15 Jahren in der Umweltbildung aktiv z. B. mit dem „Grünen Klassenzimmer am Neckar“ oder den „Neckar-erleben-Touren“ in Raftingbooten. „Seit Jahren machen zusätzlich Auflagen der Unteren Naturschutzbehörde des Landratsamtes Esslingen, die naturschutzfachlich nicht nachvollziehbar sind, uns zu schaffen, vor allem bei den Neckar-erleben-Touren“, kritisierte Helber.

MATTHIAS WEIGERT
Vorstand Kreistagsfraktion



KOMMUNALWAHLPROGRAMM FÜR ESSLINGEN

Zukunftswerkstatt „ES GRÜNT“



ES GRÜNT - stehend: Helmut Müller-Werner, Carmen Tittel
(Foto: Andreas Fritz)

Rund 50 interessierte Esslinger Bürgerinnen und Bürger waren der Einladung des Esslinger Ortsverbands gefolgt und wurden durch Ortsvorstand Helmut Müller-Werner zur Zukunftswerkstatt „ES GRÜNT“ im energieautarken Klimahotel Eco Inn begrüßt. Mit diesem kommunalen Workshop haben die Esslinger den ersten Schritt in die Vorbereitung der Kommunalwahl 2014 gemacht und viele gute Ideen für die Zukunft der Stadt gesammelt. Den Vormittags-Workshops zu den Themen Städtebau, Wirtschaft und Kultur folgten nachmittags die Themen Bildung, Soziales und Gesundheit sowie Umwelt und Energie.

Die verschiedenen Arbeitsgruppen wurden von den Esslinger GemeinderätInnen, der Landtagsabgeordneten Andrea Lindlohr, dem Bundestagskandidaten

Jürgen Menzel und grünen ExpertInnen aus dem Kultur- und Bildungsbereich geleitet. Ziel der Arbeitsgruppen war es, in den jeweiligen Bereichen Perspektiven und Zukunftsideen für eine grüne Stadtentwicklung zu erarbeiten. Besonders große Resonanz fand der Workshop zum Städtebau, bei dem die aktuelle Entwicklung um den Flächennutzungsplan der Stadt vielseitig diskutiert wurde. In der Arbeitsgruppe Wirtschaft stand die Frage der Sicherung der Arbeitsplätze im Mittelpunkt; insbesondere ging es darum, Wege aus der Abhängigkeit von der Automobilindustrie zu finden. Die Teilnehmer des Kulturworkshops setzten sich vor allem mit einer besseren Vernetzung und Vermarktung der vielseitigen Esslinger Kulturszene auseinander. Die zukünftige Schulentwicklung der Stadt Esslingen mit dem Zwei-Säulen-Modell und die Einführung der Gemeinschaftsschule waren die beherrschenden Themen bei der Bildungsdiskussion. Der Workshop Gesundheit und Soziales beschäftigte sich neben der ambulanten und stationären Krankenversorgung auch mit der Sicherstellung der Pflege im Alter. Wie man die Energiewende vor Ort schaffen kann, fragte die Arbeitsgruppe Umwelt und Energie und diskutierte über die Möglichkeiten einer zukünftigen dezentralen Energieversorgung.

Zwei zentrale Punkte ergaben sich aus den Diskussionen der Workshops: der Wunsch nach einer stärkeren Partizipation und Einbindung der BürgerInnen bei politischen Entscheidungsprozessen und die Notwendigkeit, Lösungen für die Herausforderungen des demographischen Wandels zu finden. Nachdem die Zukunftswerkstatt erste Ziele formuliert hat, werden diese nun weiterentwickelt und sollen dann in das Wahlprogramm der Esslinger Grünen für die Gemeinderatswahl 2014 einfließen.

TEXT: Andreas Fritz, OV Esslingen

ES GRÜNT SO GRÜN...

Wahlkampfauftakt beim OV Schurwald

Der OV Schurwald lädt am Samstag, den 4. Mai ab 14:30 Uhr zum gemeinsamen Sonnenblumensäen auf Röser's Wiese in Baltmannsweiler ein. Bei schönem Wetter ist das Säen und Untereggen schnell erledigt, sodass wir bald zum politischen und auch gemütlichen Teil übergehen können. Zur Einstimmung auf den Wahlkampf kann bei Apfelmost und Leckerem vom Grill auch das grüne Wahlprogramm mit unserem Bundestagskandidaten Jürgen Menzel diskutiert werden. Für Getränke ist gesorgt. Grillgut (gerne auch Salate) sowie Geschirr und Besteck bitte selbst mitbringen. Bei ungünstigen Wetter- und Bodenverhältnissen muss die Aktion kurzfristig abgesagt bzw. auf den darauf

folgenden Samstag verschoben werden. Wir bitten deshalb um eine kurze Anmeldung unter: MuP.Roeser@t-online.de Eine Anfahrtsskizze gibt es auf www.gruene-es.de (oder alternativ unter: tinyurl.com/roesers-wiese).

Wer auch ein grünes Zeichen setzen möchte, kann freie Beet- und Ackerflächen auf seinem „Stückle“ durch Einsaat von Sonnenblumen in „blühende Landschaften“ verwandeln. Die Sonnenblumen können dann im Spätsommer z.B. an unseren Infoständen verteilt werden.

TEXT: Peter Röser, OV Schurwald

ENTARTETE KUNST – VERFEMTE KUNST

Vortrag von Erika und Helmuth Kern

Wenn Helmuth Kern von der „Einheit von Kunst und Leben“ spricht, zitiert er nicht nur Joseph Beuys, sondern spielt auch auf das gemeinsame Kunst-Leben mit seiner Ehefrau Erika an. Sie, die Keramik-Meisterin, und er, der Professor a.D. eines Kunstlehrer-Seminars und Mitglied von Bündnis 90/ Die Grünen, zogen mit ihrem Vortrag über „Entartete Kunst“ das Publikum in der Auwiesenschule Neckartenzlingen in ihren Bann. „Wie war es möglich, die Kunst der Moderne als ‚aus der Art geschlagen‘ zu diffamieren?“ lautete die Grundfrage des Abends des OV Aichtal/Neckartal. Ernst Ludwig Kirchner, Oskar Schlemmer, Paul Klee, Wassily Kandinsky, Emil Nolde, Max Beckmann, Oskar Kokoschka, George Grosz, Ernst Barlach, Lovis Corinth, Felix Nussbaum seien hier stellvertretend für die 1400 Künstler genannt, deren Werke verfemt wurden. Das Ehepaar Kern zeigte anhand exemplarischer Bilder auf, wie der nationalsozialistische Angriff auf die Freiheit der

Kunst eskalierte: von sogenannten „Schandausstellungen“ 1933 bis zur Diffamierung zahlreicher Werke als „entartet“ 1937. Insgesamt wurden etwa 20 000 dieser Kunstwerke aus Museen entfernt und zum Teil versteigert, ins Ausland verkauft oder zerstört. Der „entarteten Kunst“ wurde die „arteigene Kunst“ des nationalsozialistischen Terrorsystems entgegengesetzt. Deren Maßstab war „der schöne Schein“ und Tauglichkeit für Propagandazwecke. Zur Frage nach der heutigen Bedeutung des Themas betonte Helmuth Kern, dass die Instrumentalisierung von Kunst voraussetze, dass es willfährige Künstler wie Betrachter gebe. Auch „visuelle Analphabeten“, die nicht wüssten, wie Wahrnehmung funktioniert, könnten leicht manipuliert werden.

TEXT: Christine Engel, OV Aichtal

AUTOREN GESUCHT!

Hier können und sollen Texte, Berichte, Fotos und Meinungen aus Euren Ortsverbänden stehen!

VORSCHAU

WAS ESSEN WIR?

Ernährung und was damit zusammenhängt

Wenn ich Hunger hab, dann ess ich was – so einfach ist das bekanntlich nicht. Es gibt so viele Aspekte, auf die unser Essen Einfluss hat: Gesundheit, Körperfülle, Genuss, Soziale Kontakte, Transport- und Einkaufskilometer, Fleisch und Klima, Bodenfruchtbarkeit, Gewässergüte, Gentechnik, Bienensterben, Tierschutz, Soziale Gerechtigkeit und noch manches mehr. Die nächste Ausgabe soll dazu Beiträge enthalten, die im Kreisverband entstanden sind, mit dem Landkreis zu tun haben oder von Mitgliedern über ihr berufliches Engagement im weiten Feld der Ernährung verfasst wurden. Wir freuen uns auf eure Vorschläge!

Wer dazu einen Beitrag liefern möchte, meldet sich bitte möglichst früh beim Redaktionsteam (E-Mail: mail@gruene-es.de).

Redaktionsschluss ist: Donnerstag, 13. Juni 2013



FOTO: Elena Schweitzer, © iStockphoto.com

KONTAKTE

KREISVERBAND ESSLINGEN www.gruene-es.de

Sonja Abele, Plochinger Strasse 8, 72622 Nürtingen
BÜROZEITEN: Mo, Di, Do 9 - 12 Uhr, Di 13 - 15 Uhr
TEL: (07022) - 35 85 1 FAX: (07022) - 93 15 09
E-MAIL: mail@gruene-es.de

OV AICHTAL / NECKARTAL www.gruene-aichtal.de

Dr. med. Tilman Eberle, Landhausweg 9, 72631 Aichtal
TEL: (07127) - 95 34 72 E-MAIL: tilman.eberle@web.de

OV AICHWALD www.gruene-aichwald.de

Hans-Jürgen Bechtel-Ebach, Silberstraße 23, 73773 Aichwald
TEL: (0175) - 97 65 180 E-MAIL: hjbechtel@gmx.de

OV ESSLINGEN www.gruene-esslingen.de

Helmut Müller-Werner, Maienwalterstraße 22, 73733 Esslingen
TEL: (0711) - 300 55 15 E-MAIL: info@gruene-esslingen.de

OV FILDERSTADT www.gruene-filderstadt.de

Armin Stickler, Talstraße 46, 70794 Filderstadt
TEL: (0711) - 70 16 18 E-MAIL: armin.stickler@gmx.de

OV KIRCHHEIM www.gruene-kirchheim-teck.de

Anja Hezinger, Im Döschle 29, 73230 Kirchheim
TEL: (07021) - 73 56 76 E-MAIL: ahezinger@web.de

OV LEINFELDEN-ECHTERDINGEN www.gruene-le.de

Eva Barth-Rapp, Hinterhofstraße 45, 70771 Leinfelden-Echterdingen
TEL: (0711) - 75 45 80 7 E-MAIL: eva.barth-rapp@t-online.de

OV NECKAR-FILS

Burkhard Hein, Max-Eyth-Straße 27, 73249 Wernau
TEL: (07153) - 31 90 4 E-MAIL: burkhard.hein@t-online.de

OV NEUFFENER TAL

Gerhard Tögel, Eichenstraße 35, 72639 Neuffen
TEL: (07025) - 44 12 E-MAIL: gerd.toegel@web.de

OV NÜRTINGEN www.gruene-nuertingen.de

Jochen Braunmüller, Auf dem Steinenberg 18, 72622 Nürtingen
TEL: (07022) - 30 60 64 6 E-MAIL: ov@gruene-nuertingen.de

OV OSTFILDERN www.gruene-ostfildern.de

Susanne Werner, Lenzhalde 41, 73760 Ostfildern
TEL: (07158) - 44 17 E-MAIL: susanneofi@aol.com

OV SCHURWALD www.gruene-schurwald.de

Karl-Ernst Kreutter, Reußensteinweg 5, 73269 Hochdorf
TEL: (07153) - 59 58 1 E-MAIL: kreutter@gruene-schurwald.de

OV WENDLINGEN www.gruene-wendlingen.de

Hermann Sommer, Burggartenstraße 110, 73240 Wendlingen
TEL: (07024) - 33 30 E-MAIL: gruene-wendlingen@web.de

OV WOLFSCHLUGEN

Gabriela Wiesmann, Lindengrabenstraße 1, 72649 Wolfschlugen
TEL: (07022) - 52 90 2 E-MAIL: gabriela.wiesmann@gmx.de

KREISMITGLIEDERVERSAMMLUNG (KMV)

Donnerstag, 16. Mai 2013 - 19.30 Uhr

im Schlemmertöpfe, An der Akademie 4, 73760 Ostfildern

- TOP 1 Begrüßung
- TOP 2 Landesvorsitzende Thekla Walker:
Bundestagswahlprogramm und der Mitgliederentscheid
- TOP 3 Themen auf dem Landesausschuss am 15. Juni in Singen
- TOP 4 Wahl der Delegierten für den Landesausschuss in Singen
- TOP 5 Berichte der MandatsträgerInnen
- TOP 6 Verschiedenes

WEITERE TERMINE

| | | |
|--------------------------|---|--|
| Di, 30. April 18 Uhr | POLITISCHER STADTSPAZIERGANG mit Muhterem Aras MdL und Matthias Gastel | VoBa Parkplatz, Wielandstr. 22, 70794 Sielmingen |
| Do, 2. Mai 20 Uhr | WER SIND DIE GRÜNEN? Geschichte, Strukturen und Themen der Grünen | Pizzeria Da Franco, Hauptstr. 62, 70794 Filderstadt-Bonlanden |
| Sa, 4. Mai 14:30 Uhr | ES GRÜNT SO GRÜN Sonnenblumensäen mit Jürgen Menzel | Siehe Artikel auf Seite 10 oder tinyurl.com/roesers-wiese |
| Di, 7. Mai 19 Uhr | HABEN REALSCHULEN NOCH EINE ZUKUNFT? Podiumsdiskussion mit Andreas Schwarz MdL | Aula Johannes-Kepler-Realschul. Waldstr. 2, 73240 Wendlingen |
| Di, 14. Mai 18 Uhr | ZWEI JAHRE GRÜNE VERKEHRSPOLITIK Anmeldung unter: (0711) 2063-680 | Haus der Abgeordneten, 1. OG, Fraktionssitzungssaal GRÜNE |
| Di, 14. Mai 19:30 Uhr | TISCHLEIN DECK DICH! Talk-Runde zu Schul-Ernährungskonzept | Altes Rathaus, Rathausplatz 1, 73728 Esslingen |
| Do, 16. Mai 10-12 Uhr | ENERGIEBERATUNG in Kirchheim | Grünes Büro, Postplatz 7, 73230 Kirchheim u. T. |
| Do, 16. Mai 19.30 Uhr | KREISMITGLIEDERVERSAMMLUNG (KMV) mit Thekla Walker, Landesvorsitzende | Schlemmertöpfe, An der Akademie 4, 73760 Ostfildern |
| Sa, 8. Juni 14-17 Uhr | GRÜNER MITGLIEDERENTSCHEID Abstimmung über die Schlüsselprojekte | Da Mamma, Bahnhofstraße 17, 73240 Wendlingen |
| Mo, 10. Juni 19 Uhr | BERICHTE AUS DEM LANDTAG mit Andreas Schwarz MdL | Grünes Büro, Postplatz 7, 73230 Kirchheim u. T. |
| Mi, 12. Juni 18 Uhr | BÜRGERSPRECHSTUNDE IN ESSLINGEN mit Andrea Lindlohr MdL | Wahlkreisbüro, Bahnhofstr. 31, 73728 Esslingen |
| Sa, 15. Juni | LANDESAUSSCHUSS | Stadthalle Singen, Hohgarten 4, 78224 Singen |
| Fr, 21. Juni 20 Uhr | GRÜNE DISCO | Schützenhaus Grötzingen, Alte Poststraße, 72631 Aichtal |
| Do, 11. Juli | KREISMITGLIEDERVERSAMMLUNG (KMV) | Ort wird noch bekannt gegeben! |
| So, 22. September | BUNDESTAGSWAHL | In eurem Wahlbüro. |
| 8. - 9. November | LANDESDIPLIERTENKONFERENZ (LDK) in Esslingen | Neckarforum, Ebershaldenstr. 12, 73728 Esslingen |

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Bündnis 90 / Die Grünen, Kreisverband Esslingen,
Plochinger Straße 8, 72622 Nürtingen, www.gruene-es.de

HINWEIS: Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht immer
die Meinung der Redaktion oder Bündnis 90 / Die Grüne wieder.

VISDP: Andreas Hamm, Uhlandstraße 12, 73734 Esslingen

REDAKTION: Sonja Abele, Andreas Hamm

DESIGN & LAYOUT: Fabio Schneck, www.fabio-schneck.com

DRUCK: Druckerei Henzler, Nürtingen, www.druckerei-henzler.de

PAPIER: 90g Recyclingpapier aus 100% Altpapier

AUFLAGE: 500 Stück, (1 Exemplar pro Haushalt)

DOWNLOAD: www.gruene-es.de/rundbrief